

Bayer Aktiengesellschaft
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)
Kaiser-Wilhelm-Allee 20
51373 Leverkusen



**Für Umweltschutz und sichere
Arbeitsplätze bei BAYER weltweit!**

11. April 2024

**Gegenantrag
zur BAYER-Hauptversammlung am 26. April 2024**

Hiermit zeigen wir an, dass wir zum Punkt 3 der Tagesordnung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widersprechen und die anderen AktionärInnen veranlassen wollen, für den folgenden Gegenantrag zu stimmen:

**Gegenantrag zu TOP 3:
Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet**

Die von Krebs-Kranken angestregten Schadensersatz-Prozesse in Sachen „Glyphosat“ haben BAYER in eine tiefe Krise gestürzt. Darum wächst der Druck auf das Management, den Konzern zu zerschlagen. Auf der Bilanzpresse-konferenz hat der Vorstand dies aber - vorerst - abgelehnt. Er setzt stattdessen auf Arbeitsplatzvernichtung. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren und die von ihr vertretenen kritischen AktionärInnen lehnen das Abwälzen der Folgen der für Mensch und Umwelt gefährlichen Glyphosat-Produktion auf die Belegschaft ab. Der Aufsichtsrat aber trägt diese Unternehmensstrategie mit. Daher ist ihm die Entlastung zu verweigern.

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. / CBG

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland / Germany / Alemania

Fon +49-(0)211-33 39 11
Fax +49-(0)211-26 11 220
eMail info@CBGnetwork.org

EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

GLS-Bank
IBAN DE88 4306 0967 8016 5330 00
BIC GENODEM1GLS

USt-Id-Nr. DE 121 241 293

facebook/Coordination

YouTube/Bayer-Gefahren

www.CBGnetwork.org

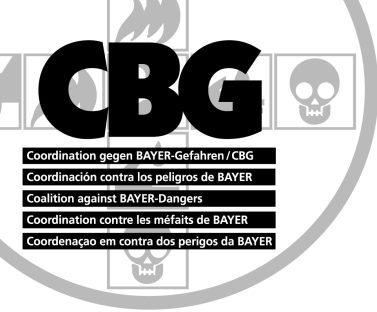


Auf der Bilanzpressekonferenz am 5. März stellte BAYER-Chef Bill Anderson ein Umstrukturierungsmodell namens „Dynamic Shared Ownership“ vor. Hinter so nebulösen Umschreibungen wie „Bürokratie beseitigen“, „Strukturen verschlanken“ und „Entscheidungsprozesse beschleunigen“ verbirgt sich ein knallhartes Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Den genauen Umfang hat der Konzern bisher nicht bekannt gegeben. Er kündigte jedoch einen „erheblichen Personalabbau“ an und schloss nicht einmal betriebsbedingte Kündigungen aus. Auf zwei Milliarden Euro pro Jahr ab 2026 bezifferte Anderson das Einspar-Potenzial. Vor allem die Leitungsebenen sind betroffen. In den USA fielen im Pharma-Bereich bereits 40 Prozent der Stellen weg. Deshalb geht innerhalb der Belegschaft die Angst um.

Die Arbeitsplatzvernichtung ist eine Reaktion des Vorstandes auf die immer noch nicht gelöste Glyphosat-Problematik. Nach den ersten RichterInnen-Sprüchen mit millionenschweren Strafen ließ der Konzern sich auf ein Mediationsverfahren ein, aus dem er allerdings wieder ausstieg. Anschließend versuchte er vergeblich, ein Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA zu seinen Gunsten zu erwirken. Dann verstieg das Unternehmen sich auf Abschreckungspolitik. Es brachte besonders erfolgsversprechende Verfahren vor Gericht und hoffte darauf, die alten KlägerInnen mit leichten Siegen zu kostengünstigen Vergleichen bewegen und potenziell neue von einer juristischen Auseinandersetzung abhalten zu können, was allerdings scheiterte.

Seit dem ersten Urteil sind nun mehr als fünf Jahre vergangen, und eine Lösung für den Umgang mit den Betroffenen ist immer noch nicht in Sicht. Dem Geschäftsbericht zufolge beläuft sich die Zahl der noch anhängigen Glyphosat-Klagen auf 54.000. Trotzdem steht der Vorstand immer noch in Treue fest zu dem Mittel, hält es auf dem Markt und denkt sich immer neue juristische Winkelzüge aus, um sich den Schadensersatz-Forderungen zu entziehen.

Das alles hat den BAYER-Konzern in die tiefste Krise seiner Geschichte geführt und gefährdet seine Existenz, denn immer noch droht eine Zerschlagung. Dafür müssen nun einzig die



Beschäftigten büßen. Der Aufsichtsrat lässt das zu. Deshalb ist ihm die Entlastung zu verweigern.

Um Mitteilung dieses Gegenantrags sowie der Begründung bitten wir gemäß §§ 125, 126 AktG.

Für den Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren e. V.

Jan Pehrke

Brigitte Hincha

- Jan Pehrke -

- Brigitte Hincha -